



Das Kohlekraftwerk von Heilbronn soll 2026 abgeschaltet werden. Auf dem Bild rechts neben dem Kühlturm ist eine Gasturbine geplant.
Foto: Daniel Maier-Gerber



Das Kohlekraftwerk Walheim gehört noch zur Netzreserve. Um die dort geplante Klärschlammverbrennung gibt es zurzeit viel Streit.
Foto: Andreas Veigel



Auch das Kraftwerk Marbach ist in der Netzreserve. Hier entsteht gerade eine Netzstabilitätsanlage auf Basis einer Gasturbine.
Foto: Felix König

Nicht alle wollen diesen Wechsel

HEILBRONN/WALHEIM Um die Umrüstprojekte an den Kohlekraftwerken der EnBW tobt eine teils heftige Debatte

Von unserem Redakteur
Heiko Fritze

Eines ist klar: Die Energiewende kommt. Für die konventionellen Kraftwerke in Heilbronn, Walheim und Marbach bedeutet sie über kurz oder lang das Aus. An den Plänen des Energiekonzerns EnBW für die drei Standorte gibt es jedoch auch Kritik – und in einem Fall sogar heftigen Widerstand aus den Gemeinderäten.

■ **Heilbronn:** Am Kohlekraftwerk Heilbronn will die EnBW bis 2026 ein Gaskraftwerk mit einer Leistung von bis zu 750 Megawatt errichten. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 500 Millionen Euro. Zunächst soll die Anlage mit fossilem Erdgas und einer Beimengung von grünem Gas betrieben werden, später ist der Einsatz von Wasserstoff geplant.

Der Gemeinderat hat dem Projekt insofern zugestimmt, dass er das dafür nötige Bebauungsplanverfahren jetzt ohne Gegenstimmen – bei Enthaltung der Stadträte der Linken und der Grünen – auf den Weg gebracht hat. Am Mittwoch fand dazu die erste digitale Bürgerinformation statt.

Kritik an dem Projekt kommt vor allem von Umweltschützern: Das Aktionsbündnis Energiewende und die BUND-Ortsgruppe lehnen den Einsatz von Erdgas ab. „Angesichts der Dramatik der Klimakrise erscheinen uns die Pläne der EnBW für ein neues Erdgas-Kraftwerk in Heilbronn als nicht mehr zeitgemäß. Weder vermeintlich günstigere Treibhausgas-Emissionen gegenüber einem längeren Weiterbetrieb des Kohlekraftwerks noch die unbelagte Argumentation mit einer späteren Umstellung auf Wasserstoff überzeugen“, erläutert Franz Wagner vom Aktionsbündnis. „Um die Wirkung eines neuen Gaskraftwerks zu bewerten, darf nicht mit der durchschnittlichen Klimawir-

kung von Erdgas gerechnet werden. Es muss mit den Treibhausgas-Emissionen der dafür notwendigen zusätzlichen Gasförderung gerechnet werden.“ Die Umweltschützer fordern schon länger die Stilllegung des Kohlekraftwerks bis 2025 und eine Dezentralisierung der Fernwärme in Heilbronn. Dafür sei nach ihren Berechnungen die Ausstattung aller geeigneten Dachflächen mit Photovoltaik-Anlagen, zusätzlich der Bau von Solarparks oder Agri-Photovoltaik-Anlagen auf zwei bis drei Quadratkilometern Fläche sowie der massive Ausbau der Windkraft notwendig.

„Wir haben mit den Einwänden gerechnet“, sagt Projektleiter Andreas Pick. „Für die Umweltverbände ist Gas die neue Kohle, das neue Feindbild.“ Aber selbst die Kritiker honorierten generell die schnellen Ausstiegspläne des Unternehmens, sagt er. „Es ist nicht so, dass die komplette Bürgerschaft gegen das Projekt ist“, ergänzt EnBW-Vorstand Georg Stamatelopoulos.

■ **Walheim:** Zu einem richtigen Zerwürfnis zwischen Kommunen und Konzern haben die Pläne für das Kohlekraftwerk Walheim geführt, das sich nur noch in der Netzreserve befindet. Die EnBW möchte hier eine Anlage für die Klärschlammverbrennung bauen, da ohnehin mit der Stilllegung von Heilbronn die bisherige Entsorgungsmöglichkeit für das nördliche Baden-Württemberg wegfällt. „Klärschlamm darf nicht mehr auf Äcker aufgebracht werden“, erklärt Pick. Die Verbrennung in Zementwerken oder Kohleöfen werde aber auch bald entfallen. Daher wolle die EnBW an ihrem Kraftwerksstandort in eine neue Anlage investieren.

Das aber stößt in den umliegenden Kommunen auf Widerstand. Der Gemeinderat von Walheim beschloss Mitte September mit großer Mehrheit, dass die Gemeinde Walheim wegen der Belastung für Mensch und Umwelt das Vor-

haben der EnBW, in Walheim eine Anlage zur Trocknung und Verbrennung von Klärschlamm zu errichten und zu betreiben, ablehnt. Außerdem wurde die EnBW aufgefordert, das Vorhaben nicht weiter zu verfolgen und im Dialog mit der Gemeinde, der die Planungshoheit obliegt, für das Areal des Kohlekraftwerks eine Nutzung zu entwickeln, die den Belangen von Mensch und Umwelt gerecht wird. Gleichzeitig wurde eine Veränderungssperre für das Areal erlassen. Dagegen wird der Konzern nun mit einer Normenkontrollklage vorgehen.

Unterstützung für Walheim signalisieren unterdessen die Nachbarkommunen Gemmingen und Kirchheim, deren Gemeinderäte entsprechende Resolutionen verabschiedeten.

■ **Marbach:** Am Kraftwerk Marbach wird bereits gebaut. Der Standort, der ebenfalls noch in der Netzreserve steht, soll mit einer 300-Megawatt-Gasturbine zum Reservekraftwerk umgerüstet werden – dazu musste die EnBW vorab die Ausschreibung für die sogenannte Netzstabilitätsanlage in Süddeutschland für sich entscheiden. Spätestens war vor einem Jahr, die Anlage soll in einem Jahr fertig sein. Das Bauprojekt war aber nie ganz unumstritten. Kritiker monierten, dass in der Anlage, die bei Störungen im Netz anspringen soll, fossile Energieträger verfeuert werden und dass Grundwasser angezapft werden muss.

Im Gemeinderat erläuterten vorige Woche EnBW-Vertreter die nachträglichen Änderungswünsche, etwa, dass der neue Schornstein dicker werden soll als geplant. „Bauspezifische Anpassungen“ nannte dies ein Sprecher des Konzerns im Gemeinderat. Die Hauptkomponenten der Netzstabilitätsanlage, etwa die Gasturbine, seien hingegen nicht verändert worden. Nach Medienberichten waren die Stadträte mit den nachgereichten Erklärungen zufrieden.

Im
Blick-
punkt

Offener Brief

Die EnBW hat sich mit einem offenen Brief an die Walheimer gewandt, um für ihre Position zu werben. „Uns ist bewusst, dass es hierzu kritische Stimmen gibt“, heißt es darin. „Wir möchten Ihnen einen Dialog anbieten und Ihre Sorgen offen und transparent diskutieren. Wenn wir – eher früher als später – aus der Kohle aussteigen, muss der Schlamm gesondert entsorgt werden: in voraussichtlich sieben Klärschlammverbrennungsanlagen im ganzen Land.“ Ein Unternehmenssprecher wies zudem darauf hin, dass die EnBW nie versprochen habe, das Projekt aufzugeben, wenn es von den Bürger nicht gewollt werde. frz

Was die EnBW vorhat

Für die einzelnen Kraftwerksstandorte sind die Pläne derzeit unterschiedlich konkret

Von unserem Redakteur
Heiko Fritze

KARLSRUHE Weg von Kernkraft, weg von Kohle: Die Vorgaben für die EnBW sind klar. Ende 2022 geht auch der letzte Atommeiler in Neckarwestheim vom Netz und bis 2038 muss das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet sein. Das sind die Vorgaben der Bundesgesetzgebung, innerhalb derer der Konzern versucht, die für sich wirtschaftlichste Lösung zu erzielen.

Während an den Atomstandorten Obrigheim und Philippsburg sowie am GKN I bereits die Abrissarbeiten laufen, steht nur zum Teil fest, was aus den verschiedenen Kraftwerksstandorten werden soll. So wird auf dem Gelände in Philippsburg ein Konverter für die Stromautobahn Ultralink errichtet – von dort aus wird der Windstrom im Land weiterverteilt, ähnlich wie dies auch bei Leingarten mit dem Endpunkt des Suedlink-Kabels geschehen wird.

Denkmalschutz Die Pläne für die einzelnen Kohle-Standorte wurden von der EnBW hingegen erst nach und nach präzisiert und erst zum Teil auch umgesetzt. Klar ist jedenfalls, dass die stillgelegten Gebäude nicht unbedingt abgerissen werden können. „Das ist immer auch eine Frage des Denkmalschutzes“, sagt EnBW-Vorstand Georg Stamatelopoulos. Es könne gut sein, dass ein Teil der Bauwerke als Industriedenkmal stehen bleiben muss und nur die Technik selbst außer Betrieb gesetzt wird.

Zukunft der fossilen Kraftwerke der EnBW in Baden-Württemberg



Neun konventionelle Kraftwerksblöcke wollte der Konzern bislang stilllegen, als zehntes steht Block 7 am Kraftwerk in Karlsruhe im nächsten Jahr an. Die meisten davon gingen aber anschließend in die Netzreserve, da sie von der Bundesnetzagentur als systemrelevant eingestuft wurden – darunter die Blöcke 5 und 6 in

Heilbronn sowie die Kraftwerke in Walheim und in Marbach. Sie werden nach Einschätzung der Behörde weiterhin benötigt, um die Stromversorgung sicherzustellen, sollten die erneuerbaren Energiequellen wie Wind und Photovoltaik nicht genug erzeugen können. Verkauft hat der Konzern seinen Kraftwerksblock in Bexbach im Saarland sowie die Beteiligung am Braunkohlekraftwerk Buschhaus in Niedersachsen, während er nach wie vor Anteile oder ganze Blöcke an den Kraftwerken von Rostock, Mannheim und Lippendorf besitzt.

Noch nicht zur Stilllegung angemeldet sind von den Standorten in Baden-Württemberg nur die Kraftwerksblöcke Altbach-Deizisau 2, Heilbronn 7 und Karlsruhe (RDK) 8. Aber auch hier steht fest, dass sie in den nächsten Jahren abgeschaltet werden – in Altbach und Heilbronn soll dies 2026 der Fall sein. In Karlsruhe wird der modernste Block 8, erst 2014 in Betrieb genommen, noch möglichst lange in Betrieb bleiben, kündigt Stamatelopoulos an. Mit 47,5 Prozent habe er schließlich den höchsten Wirkungsgrad aller Steinkohlekraftwerke in Europa.

In Altbach soll ebenso wie in Heilbronn ein Gaskraftwerk mit bis zu 750 Megawatt errichtet werden, in Stuttgart-Münster, wo auch eine Müllverbrennung besteht, ein kleineres Gaskraftwerk mit 150 Megawatt. Wie es in Karlsruhe weitergeht, ist noch offen. Lippendorf wird nach dem derzeitigen Stand bis zum Jahr 2035 laufen. Für Mannheim und Rostock laufen die Gespräche, mit unterschiedlichen Alternativen.